

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 245.— M., für das übrige Ausland 265.— M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Humor“ und der Beilage „Erziehung und Reingebot“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Mittags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 40.— M. (zweiseitig 20.— M.). „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 12.— M. (zweiseitig 6.— M.).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Donnerstag, den 14. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Interaktions-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Die belgische Note.

Berlin, 13. September. (WIB.) Die belgische Regierung hat dem deutschen Gesandten in Brüssel heute nachmittag eine von dem belgischen Minister des Auswärtigen, Jaspar, gezeichnete Note folgenden Inhalts übermittelt:

Nach den Bestimmungen der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August sollte die deutsche Regierung zur Abdeckung der Fälligkeiten vom 15. August und 15. September 1922 der belgischen Regierung deutsche Schatzbons aushändigen, welche durch zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarende Garantien sichergestellt werden sollten; mangels einer Einigung sollten die Bons durch ein Golddepot sichergestellt werden, das in einer der belgischen Regierung genehmen Bank zu stellen war.

Die Besprechungen, die in Berlin zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und den Delegierten der belgischen Regierung über die von der deutschen Regierung bereitgestellten Garantien erfolgt sind, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die belgische Regierung bittet die deutsche Regierung daher, ihr unverzüglich zwei deutsche Schatzbons, zahlbar in Gold, in einem Betrag von je 50 Millionen Goldmark für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September zukommen zu lassen und in der belgischen Nationalbank hundert Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Bons niederzulegen.

Dem Kompromiß entgegen?

Paris, 13. August. (CP.) In hiesigen politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der Garantien für die deutschen Schatzscheine gerechnet. Die von Deutschland verlangte Prolongation soll gewährt werden, aber nicht auf 18 Monate, sondern auf ein Jahr. Die belgischen, italienischen und englischen Delegierten haben diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Man erklärt, daß auch Polcaré diesen Vorschlag billigen wird, um so mehr, als der Wunsch vorherrscht, zur Krise im nahen Orient nicht auch noch eine neue Reparationskrise zu schaffen. Eine Regelung wird von der französischen Regierung, wie man in hiesigen Kreisen erklärt, auch deshalb gewünscht, weil eine neue Reparationskrise das Stinnes-Luberjac-Abkommen außerordentlich beeinträchtigen würde.

Verhandlungen in Paris.

Paris, 13. August. (CP.) Der Präsident der Kriegskostenkommission, Fischer, und Staatssekretär a. D. Bergmann hatten heute mit den Mitgliedern der Reparationskommission eine Unterredung, in der sie ihnen die Gründe auseinandersetzten, die zum Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen geführt und die deutsche Regierung bewegen haben, eine Prolongation von sechs Monaten für die Schatzscheine zu verlangen. Dubois, der gegenwärtig im Urlaub ist, ist durch Maucière ersetzt worden. Donnerstag vormittag wird in Rambouillet unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat stattfinden, der sich mit der Reparations- und der Orientfrage beschäftigen wird.

Abgeltung der Ausgleichszahlungen.

Die Reichsregierung hat der französischen und englischen Regierung durch ihre Vertretung in London und Paris mitteilen lassen, daß sie als Abschlag auf die am 15. August fälligen Ausgleichszahlungen am 18. September 500 000 Pfund Sterling den zuständigen Stellen überweisen wird. Die Reichsregierung war hierzu durch das Entgegenkommen der Reichsbank in der Lage und sah sich zu der Bereitstellung einer größeren Summe für die Ausgleichszahlungen mit Rücksicht auf das den Alliierten früher gemachte Angebot, monatlich eine größere Summe verfügbar zu machen, verpflichtet. Der noch verbleibende Rest zur Deckung der am 15. August fälligen Zahlungen soll übermittelt werden, sobald die Reichsregierung hierzu in der Lage ist.

Preußen zur Ausländerfrage.

Ueber die Stellung des preussischen Ministers des Innern zur Frage der Ausländerbehandlung erfahren wir von zuständiger Seite: Der Minister beabsichtigt nicht, für die Behandlung der Ausländer strengere Vorschriften einzuführen, als sie in Preußen bereits in Geltung sind. Zur Eindämmung des Zustroms unerwünschter Ausländer und zur Entfernung solcher Elemente haben die Vorschriften des Runderlasses vom 21. Oktober 1921 ausgereicht. Ebenfalls ist in Preußen die Einführung besonderer Fremdensteuern geplant. Inzwischen hat der Minister des Innern gemeinschaftlich mit dem preussischen Finanzminister den Gemeindefinanzministern eine Besteuerung des Herbergsertrages durch kommunale Steuerordnungen einzuführen, eine Befugnis, von der übrigens die Stadt Berlin bisher noch keinen Gebrauch gemacht hat. Im übrigen wird beabsichtigt, nimmere von den Ausländern für die Erteilung der für die Einreise und den Aufenthalt im Inlande erforderlichen polizeilichen Bescheinigungen nach Maßgabe noch zu erlässender gesetzlicher Bestimmungen Gebühren zu erheben. Was schließlich die in letzter Zeit verschärfte Ausländerkontrolle im Landespolicizeibezirk Berlin betrifft, so hat der Minister Anweisung gegeben, diese unerlässliche Kontrolle möglichst schonend durchzuführen.

Krise in Ost-Oberschlesien.

Deutschland und der Mangel an Reichsmark.

Antisch wird mitgeteilt: Im Hinblick auf die in Ost-Oberschlesien neuerdings vorgefallenen Ausschreitungen gegen die Lebensmittelverkäufer hat die polnische Presse die deutsche Regierung für den Mangel an deutschen Zahlungsmitteln im Abtretungsgebiet verantwortlich gemacht. Die polnische Presse behauptet, daß die deutsche Regierung durch das Genfer

Parteigenossen und Genossinnen!

Vorbehaltlich der Zustimmung der Parteitage von Augsburg und Gera berufen die unterzeichneten Vorstände zum 24. September, vormittags 9 Uhr, nach dem Hercules-Velodrom in Nürnberg einen

gemeinsamen Parteitag

ein, zu dem jeder der beiden Parteitage bis 150 Vertreter zu entsenden berechtigt ist.

Tagesordnung:

Die Einigung der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, den 13. September 1922.

Partei Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Vorstände der beiden Sozialdemokratischen Parteien haben beschlossen, an die ausländischen Abordnungen auf den Parteitagen von Gera und Augsburg die gemeinsame Einladung zu richten, auch dem Einigungsparteitag von Nürnberg beizuwohnen.

Abkommen die Verpflichtung übernommen habe, das Land mit deutschem Gelde zu versehen. Jetzt entziehe sich die Regierung dieser Verpflichtung, und die Bevölkerung gehe deshalb einer Hungerkatastrophe entgegen.

Diesem gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland durch das Genfer Abkommen keineswegs die Verpflichtung übernommen hat, Ost-Oberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versehen. Dies geht besonders aus Art. 319 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 hervor, wonach die deutschen Bantniederkassungen lediglich bemüht sein sollen, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses an polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundregeln wie bisher zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Banken sind dieser Verpflichtung bisher in vollem Umfang nachgekommen, insbesondere ist die Reichsbankstelle in Głogów bisher stets voll mit Zahlungsmitteln beliefert worden.

Wenn neuerdings in Ost-Oberschlesien ein Mangel an deutschen Zahlungsmitteln eingetreten ist, so ist dieser Umstand größtenteils auf Spekulationen und auf das Abströmen deutscher Reichsmark nach Warschau zurückzuführen. Die polnische Presse handelt gewissenlos, wenn sie die deutsche Regierung für Machinationen verantwortlich macht, die ihrer Einwirkung völlig entzogen sind.

Timofejew lebt?

Die Berliner Sowjetbotschaft hat, wie der Ost-Express erzählt, auf ihre Anfrage nach einer Bestätigung der Nachricht vom Selbstmorde des sozialrevolutionären Führers Timofejew aus Moskau von der Staatlichen Politischen Verwaltung (die ehemalige Tscheka) die Antwort erhalten, daß sämtliche verurteilten Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei am Leben seien.

Diese Mitteilung, welche den Selbstmordversuch unerwähnt läßt, findet ihre Bestätigung dadurch, daß die Auslandsvertretung der Sozialrevolutionären Partei aus Moskau erfährt, der Selbstmordversuch Timofejews habe Gerüchten zufolge keinen tödlichen Ausgang gehabt; das Gerücht habe sich indessen wegen der strengen Isolierung der Gefangenen nicht nachprüfen lassen.

Griechenland hält sich bereit.

Paris, 13. September. (WIB.) Nach einer Tempsmeldung aus Athen hat die griechische Regierung das 3. Armeekorps, das den Türken in dem Abschnitt von Brussa standgehalten hatte, und das ungefähr 5000 bis 6000 Mann zählt, zur Verstärkung der in Thrazien stehenden griechischen Armee nach Rodosto geschickt. Das augenblicklich im Thrakien stehende 5. Armeekorps wird nicht demobilisiert werden, um für etwaige Möglichkeiten zur Verfügung zu stehen.

Suche nach Rat.

Die belgische Garantieforderung.

Nach der Aufführung eines Theaterstückes, in dem ein armer Teufel schließlich für 100 M. sein gutes Gewissen verkauft, soll einmal ein reicher Mann gesagt haben, das ganze Stück sei ihm unmöglich erschienen. Es brauche ja nur ein Zuschauer einen Hundertmarkschein auf die Bühne zu werfen, dann werde aus der ganzen Tragödie nichts, und die Schauspieler könnten gar nicht zu Ende spielen.

Für ein 60-Millionen-Volk sind 100 oder auch 270 Millionen Goldmark viel weniger als 100 Mark für einen einzelnen. 270 Millionen Mark sind noch keine fünf Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Auch für Deutschland wären die 270 Millionen, über deren Zahlungsmodalitäten der Streit mit Belgien geht, kein zu großer Betrag, wenn nicht vor ihm schon ungeheure Zahlungen geleistet worden wären und nicht nach ihm noch größere Zahlungen folgen sollten. Darum ist es ganz falsch, diese 270-Millionen-Frage so zu behandeln, als ob sie für sich allein bestünde, während sie doch ein Teil des allgemeinen Reparationsproblems ist.

Durch die Ausführung des Friedens von Versailles ist Deutschland in eine Lage geraten, in der es die Zahlung von 270 Millionen innerhalb eines halben Jahres nicht mit unbedingter Gewißheit sichern zu können glaubt. Darum, das heißt, um dem belgischen Gläubiger vollkommen zuverlässige Sicherheit zu gewähren, hat die deutsche Regierung für die auszustellenden Schatzwechsel eine verlängerte Laufzeit vorgeschlagen. Damit war an sich den wirtschaftlichen Interessen Belgiens Genüge getan, denn sichere Schatzwechsel mit einer Laufzeit von 12 und 18 Monaten sind natürlich wertvoller als weniger sichere mit einer Laufzeit von 6 Monaten.

Deutschland ist aber in der unglücklichen Lage eines Schuldners, dessen Gläubiger Schlange stehen. Hinter Belgien kommt Frankreich. Frankreich will, daß die Schuld an Belgien binnen sechs Monaten bezahlt wird, damit die folgende Zeit nicht vorbelastet ist. Es will die belgischen Gläubigerrechte nicht über ein halbes Jahr hinaus prolongieren lassen, und dieser seiner Absicht entspricht auch der Beschluß der Reparationskommission, auf Grund dessen die deutsch-belgischen Verhandlungen eingeleitet wurden. Es drücken eben nicht nur alle auf Deutschland, sondern sie drücken sich auch gegenseitig, das soll man hierzulande nicht übersehen.

Zu den wirtschaftlichen Gründen des Konflikts treten auch politische. Dem Frankreich des nationalen Blocks kann nichts lieber passieren, als daß es Gelegenheit bekommt, mit dem großen Sanktionsmittel deutsche Schulden an Belgien einzutreiben. Darf Frankreich das für einen anderen tun, um wieviel mehr darf es dann das gleiche für sich selber tun. Hilft Frankreich den Belgiern fröhlicher zu ihrem Gelde, müssen dann nicht auch die Belgier Frankreich zu dem seinen verhelfen?

Wir haben für die Lage der belgischen Regierung weitgehendes Verständnis und meinen, die deutsche Regierung müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie nicht alles in ihren Kräften Stehende tun würde, um zu zeigen, daß Belgien Deutschland gegenüber der französischen Hilfe gar nicht bedarf. Aber auch diejenigen in Deutschland, die eine Verständigung mit Belgien für eine Forderung kluger Politik halten, können den belgischen Wunsch nach Hinterlegung eines Golddepots nicht begreifen. Hat nicht die Entente selbst verlangt, daß die Autonomie der Reichsbank gesetzlich sichergestellt werde? Auch wenn man der Auffassung ist, daß in einem entscheidenden Augenblick auch das Hinlegen eines Stückes Goldes eine politische richtige Tat sein kann, so kommt man über den Widerspruch nicht hinweg, der darin besteht, daß von der einen Seite erst die Widerstandskraft der Reichsbank festgestellt, dann aber von der Regierung verlangt wird, sie solle diesen Widerstand überwinden.

Die Sicherung der Autonomie der Reichsbank ist verlangt worden, um eine Festigung des Markkurses in die Wege zu leiten. Die Mark muß aber ins Bodenlose gescheitert werden, wenn Deutschland zur Vermeidung seiner letzten Goldbestände gezwungen oder wegen der Zahlungsmodalitäten von 270 Millionen eine europäische Krise heraufbeschworen wird. Widersinnig wäre es, wenn man, um die fröhlichere Zahlung von 270 Millionen zu erzwingen, einen Schaden anrichten wollte, der 270 Millionen nicht zu berechnen ist!

Es gibt auch in Paris Leute, Franzosen und andere, die das ganz gut begreifen. Zu diesen anderen gehören auch Engländer und Belgier. Sie bemühen sich, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, und wenn er nur einigermaßen gangbar sein sollte, darf die deutsche Regierung nicht zögern, ihn zu beschreiten. Die englische Regierung hat im Orient Sorgen genug, um eine Komplizierung der politischen Gesamtlage durch eine neue Reparationskrise nicht wünschen zu können. Sie kann auch nicht wünschen, daß die Lösung des Konflikts in einer Weise erfolgt, die zwar den Machtplänen des französischen Imperialismus, aber nicht der künftigen Regelung des Reparationsproblems zugute kommt. Für sie liegt also der Gedanke außerordentlich nahe, ob sie nicht von

sich aus etwas dazu beitragen könnte, Belgien über die Sicherheit seiner Forderungen zu beruhigen und damit diesen Zwischenfall zu schließen.

Möge es vernünftiger wirtschaftlicher Ueberlegung auf allen Seiten gelingen zu verhindern, daß aus dem Streit um ein im Verhältnis zu den internationalen Schuldenlasten geringes Objekt unendlicher Schanden entsteht! Möge man aber auch überall begreifen, daß es so nicht weiter geht, daß nicht jeder Verfallstermin die Gefahr schwerer internationaler Erschütterung mit sich bringen darf, wenn anders nicht die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten ganz Europas geradezu mutwillig zerstört werden sollen. Es genügt nicht, aus dieser kritischen Situation einen Notausgang zu finden, obgleich diejenigen, die ihn finden, gepriesen sein sollen, es ist notwendig, dem katastrophenschwangeren Dauerzustand ein Ende zu bereiten, von dem der Streit mit Belgien nur ein Symptom ist.

Eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Die Anpassung der Gehälter.

Die erst vor wenigen Tagen vorgenommene Neuregelung der Beamtengehälter und Gehälter der Staatsangestellten und der Löhne der Staatsarbeiter ist von den Gewerkschaften in Anbetracht der Ungefährlichkeit der außenpolitischen Lage und der wirtschaftlichen Zukunft nur mit Vorbehalt angenommen worden. Die Spitzenorganisationen planen, jezt nochmals an die Regierung heranzutreten, um zunächst eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne für September zu erwirken. Ueber die Höhe der Forderungen und den Zeitpunkt, an dem man der Regierung neue Forderungen unterbreiten will, ist unter den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bisher noch nicht verhandelt worden. Vor Beendigung der Tagung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in München werden die Vorstände nicht zusammentreten. Alle Meldungen bürgerlicher Korrespondenzen über die Höhe der neuen Forderungen und über den Verhandlungstermin sind daher unzutreffend.

Am Reichsfinanzministerium beschäftigt man sich augenblicklich mit der Frage der Neuregelung der Grundgehälter. Der ständige Überwachungsausschuß des Reichstages hatte bei der Beratung der letzten Gehalts- und Lohnregelung den Wunsch geäußert, die prozentuale Erhöhung der Löhne und Gehälter zu beseitigen. Verhandlungen mit den Organisationen über diese Frage werden in den kommenden Tagen stattfinden.

Die fortschreitende Geldentwertung hat zur Folge, daß die Arbeiter und Angestellten prozentual immer stärker zur Einkommensteuer herangezogen werden, trotzdem ihr Einkommen sich dem wirklichen Werte nach nicht erhöht, sondern vermindert. Es ergibt sich also die zwingende Notwendigkeit einer Änderung des Einkommensteuergesetzes. Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb in Gemeinschaft mit den übrigen VA-Verbänden beim Reichsfinanzministerium beantragt, die 10prozentige Steuerbegrenzung von 100.000 auf 300.000 M. zu erhöhen und die Ermäßigungsgrenze beim Steuerabzug zu verdreifachen. Die VA-Verbände haben weiter vorgeschlagen, eine Änderung der Steuerstaffelung in der Weise vorzunehmen, daß für je weitere 200.000 M. des steuerbaren Einkommens der Steuerfuß um 5 Proz. erhöht wird. Durch diesen Vorschlag würden die höheren Einkommen verhältnismäßig stärker als bisher herangezogen und eine sozial gerechtere Staffelung der Einkommensteuer erreicht.

Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften gibt unter Verlegung der kaum noch erträglichsten Einkommensverhältnisse bekannt, daß er sich gezwungen sieht, ungekündigt die Verbindung mit den übrigen Gewerkschaften aufzunehmen und an Regierung und Reichstag heranzutreten, um eine den Verhältnissen angepasste Aufbesserung sofort zu erwirken.

Musiker-Nöte.

Konzertium Johan von Kurt Singer.

Wie ein böses Aeneides klingt ein blutiger Aoffrei in Ohr und Herz: das Philharmonische Orchester ist in Gefahr des Zusammenbruchs! Die Zeit klopfet ans Gebäude einer Institution, die der Stadt Berlin ihr musikalisches Gepräge gibt, deren Leistung zu einer Weltnorm für orchestrale Wertung überholt geworden ist. Streicht diese Künstlerchor mit ihrer durch Jahrzehnte gefestigten Tradition aus dem Musikleben Berlins, und es bleibt eine Halbheit: ein Bestes ginge verloren, unüberbringlich. Aus der Musikzentrale Europas würde eine Kunststadt zweiten Ranges. Ein Leipzig an Kulturgut ginge im Wirtschaftskrieg zugrunde. Das Philharmonische Orchester hat ein Recht, ohne Scham, stolz vor Magistrat und Regierung hinzutreten und das Gewissen der Führer zu stoßeln, aufzurütteln. Reicht die Subvention, die eine verarmte Kommune und ein verarmtes Preußen auswerfen kann, nicht aus, so müssen und werden sich Privats, Mäzene, reiche Kunstliebhaber zusammenschließen, um die Existenz der philharmonischen Musiker zu sichern, um aus ihrer Kunst und Arbeit, aus ihrer höchsten Tugend keine tiefste Not leimen zu lassen. Schon jetzt wird läßlich, daß — von 2 oder 3 Notadoren des Stabs abgesehen — kein tüchtiger deutscher Kapellmeister das Geld für ein Konzert mit dem Philharmonischen Orchester ausbringen, einbringen kann. Kunst wird Luxus, und das Ausland lacht dazu. Ein paar Pfund, 50 Dollar, — und sie reißen die Konzertherrlichkeit an sich, ohne Bindung an Talent, ohne Vorbedingung der musikalischen Besonderheit. In der Kunst zählt nicht der am meisten, der am meisten zählt. Dem Unheil muß gesteuert werden, ein Atempaus vor Witternacht. Alberto Salomoni ist ein Dirigent von Durchschnittsalären, mit schwerfälliger, ungeklärter Geistesart. Kein lauer, eher ein stürmischer Musiker; aber das Leben strebt nicht von ihm aus, sondern von der Musik, die er spielt und vom Orchester, das sie spielt. So steht das Interesse in dem Moment, wo die 5. Sinfonie Dvoraks, eine der vielen Regemustern des böhmischen Brahms, lahm wird. Und das tut sie in dem unbedeutend langgespannten Largo, in dem breit schwebenden Scherzo. Ueber den Fällen liegt Präzessionsmusik, indianischer Kriegsgeräusch, dem Dvorak gewählten und charakteristischen Rhythmus schenkt. Aber um dessen willen brauchte der große Tonpoet nicht nach Amerika zu wandern. Seine Kammermusik, seine drei ersten Sinfonien sind kräftiger und natürlicher durchdrängt vom heimischen Melos. Harriet von Emden, eine authentische Sembraich-Schülerin, verleiht ihrer Schule nicht. Ihr schlanke, mädchenhafter Sopran dient einem zarten und doch ausdrucksreichen Vortrag. Sie spricht gut, nimmt es aber mit den Worten folgen der Dichter ein wenig frei. Warg mit schmissigen, Brahms mit eben Fiedern war von Bos ein geschickter Begleiter. Ein anderer Stämper, schlechte Auslandsware, soll seinen Namen hier nicht wiederfinden, wohl aber den Wunsch, nicht wiederzukommen.

Wie anders wirkt das Zeichen und Wirken des Berliner Bolschows (Dirigent: Jander) auf mich ein! Ein Verdienst schon, die lange nicht gehörten Prometheus-Chöre von Liszt herauszubringen. Vist hat hier eine in den zünftigen Chorwerken Beethovens und Mendelssohns (auch Bruchs) nicht erreichte

Schärfere Zuckersicherung!

Die Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 8. September über die zweckmäßigere Verwertung von Zucker, Gerste und Obst ist von der Presse gerade nicht mit besonderem Beifall begrüßt worden, weil sie ihre schwache Stelle in der Regelung der Zuckerfrage hat. Es wäre ein sträflicher Optimismus, wenn sich das Reichsernährungsministerium mit dem bloßen Verbot der Verwendung inländischen Zuckers zur Herstellung von Mischereien, Likören und dergleichen zufrieden geben würde. Bekanntlich bestehen ja noch von früher Strafbestimmungen, die vielleicht zur Ergänzung des Verbots herangezogen werden. Einstweilen ist man auf der Suche nach diesen Strafbestimmungen. Ohne solche bleibt die Verordnung für den Zucker ein Messer ohne Heft, dem die Ringe fehlen. Nachdem der Vorschlag zur Sicherung eines halben Pfundes Zucker pro Kopf und pro Woche beim Reichsernährungsministerium keine Gnade gefunden hat, wäre es schon erwünscht, die Verordnung über den Zuckerverbrauch mit Hörnern und Zähnen auszustatten. Sonst wird sie ihren Zweck verfehlen.

Die Hamborner Unruhen haben der preussischen Regierung Veranlassung gegeben, dem Reich einige Vorschläge zu machen, um der Erregung der Bevölkerung über die Teuerung, insbesondere im Ruhrgebiet, entgegenzuwirken. Es war an Vorschläge für Kartellkäufe, an eine gerechtere Staffelung der Löhne zugunsten der Verheirateten und an ein Alkoholverbot für Jugendliche gedacht. Das Reichskabinett hat am Montag darüber noch nicht beschlossen; es sollen neue Beratungen darüber gepflogen werden. Wie richtig der Standpunkt der preussischen Regierung ist, den Unruhen nicht mit Polizeigewalt, sondern mit sozialen Maßnahmen zu begegnen, zeigt die Tatsache, daß trotz aller kommunistischen Propaganda 89 bis 92 Proz. aller Bergleute heute die vereinbarten Ueberschichten verfahren.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat die nach dem Gesetz über die Arbeitszeit im Bergbau notwendige Genehmigung für die im Ueberschichtenabkommen vorübergehend verlängerte Arbeitszeit bis zur Entscheidung über die beantragte allgemeine Verbindlichkeit erteilt.

Unruhen in West und Ost.

Bonn, 13. September (WZ). Die Polizei teilt mit: Gestern vormittag wurden Plünderungen auf dem Markt durch Eingreifen der Schutzbeamten verhindert; ein Verkaufsstand wurde umgeworfen. Diese Vorfälle wurden von radikalen Elementen dazu benutzt, die Mittagsstunde auf der Zeche „Präsident“ zum Feiern aufzufordern, die dann auch nicht einfuhr. Nachmittags um 5 Uhr versammelten sich 4000—5000 Menschen auf dem Markt. Dort wurde ein dienstreifer, zufällig vorbeikommender Schutzbeamter erst belästigt und dann tödlich angegriffen. Da auch Gerüchte über beabsichtigte Plünderungen umliefen, räumte eine Abteilung der Schutzbeamten den Marktmarkt, wo sie mit Steinen, Obst und Feuerwerkskörpern besetzt wurde. Von 6 bis 10 Uhr abends fanden verschiedene Ansammlungen statt, die sich aber bald zerstreuten. Zu sonstigen Zusammenstößen und Plünderungen kam es nicht. Auch heute vormittag ist es zu Zusammenstößen nicht gekommen, die Polizei zerstreute Ansammlungen und stellte die Ordnung wieder her.

Essen, 13. September. (WZ). Ein Teil der Arbeiterschaft ging in verschiedenen Städten des Industriegebietes zu einer sogenannten „Kontrolle der Produktion“ über, die darin besteht, die Lebensmittelpreise unter Androhung von Raub und Plünderung um 20 bis 40 Proz. herabzudrücken. Unter diesem Zwang wurde der vorhandene Lagerbestand an die in Reihen anstehenden Käufer unter dem Einkaufspreis abgegeben (und neue Ware nicht mehr angeschafft!).

Leobichau, 13. September. (WZ). In einem Arbeiterzuge, der die Arbeiter aus dem Kreise Leobichau in ihre Heimatdörfer zurückbringt, kam es zwischen den Arbeitern und Bahnbeamten während der Fahrt zu Streitigkeiten. Hierbei wurden einige Beamte durch Steinwürfe verletzt. Auf der Station Banerwitz wurden, um die Täter festzustellen, von den Beamten die Türen der Waggons ver-

schlossen. Die Arbeiter widersetzten sich dieser Maßnahme und drohten Gewalt anzuwenden. Es entstand eine Kauferei, in welche die Schutzpolizei eingriff. Als die Haltung der Arbeiter, die etwa 1000 Mann stark waren, immer drohender wurde, machte die Schutzpolizei von der Waffe Gebrauch. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei Arbeiter und eine Arbeiterin schwer verletzt.

Der russische Thronfolger.

Auf dem Papier des Herrn Bulle ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob — Nikolajewitsch oder Wladimirwitsch die Anwartschaft auf den russischen Thron haben. Der „Oberste Rat der russisch-monarchistischen Organisation“ — so was gibt es noch — erklärt dazu, daß der W. durchaus Berechtigung zur Anwartschaft habe, wenn er auch eine Frau ehelichte, ehe sie zur griechisch-orthodoxen Kirche übertrat. „Den veralteten und aus religiöser Indulgenz hervorgegangenen Bestimmungen einer verschwundenen Zeit“, die keine Anwartschaft beitreten, werde im heutigen russischen Volk kaum noch eine Bedeutung beigelegt werden. Wladimir oder Nikolaj, ganz gleich, sie werden wohl beide nicht allzu viel Aussicht haben, oder doch nur dann, wenn sie sich mit dem Volksgewissen aussöhnen. Auf diesem in Sowjetrußland durchaus nicht mehr ungewöhnlichen Wege hat sich mancher, vom Zaren general bis zum politischen Geheimpolitisten, schon längst ausgeföhnt und für einen Staatsposten geeignet gezeigt.

Monarchistenfreiheit.

Ein Reichstagsabgeordneter teilt uns folgende Herausforderung mit, die sich ein Beamter der Republik (Abteilung Biesberts) glaubt leisten zu können:

Am Gebäude des Bahnhofspostamtes in Marienburg (Westpreußen) befindet sich noch immer die Inschrift „Kaiserliches“. Unter Hinweis auf die Befehle zum Schutz der Republik hat ich nach meiner Legitimierung den Postdirektor um Entfernung der Inschrift und seit dabei eine Frist von vier Tagen fest. Der Postdirektor erklärte jedoch: „Das geht Sie gar nichts an, das ist meine Sache!“ Die Inschrift ist immer noch nicht entfernt. An der höheren Mädchenschule läßt man in Saizedel noch Aufsätze schreiben, die u. a. folgende Sätze enthalten:

Die sozialistischen Bestrebungen gereichen dem Staat zum Untergang. Da der deutsche Staat die Arbeiterschutzesetze immer mehr ausbaute, wurden die Arbeiter freier und doch unzufriedener; denn nach diesem Kriege haben sie gezeigt, wie unanbar sie dem Kaiser waren und wie sie den deutschen Staat ins Unglück stürzten dadurch, daß sie unausführbare Ziele erstrebten. Die Studienrätin Dr. H a a t e hat diese Aufsätze schreiben lassen, z. B. auch folgenden:

Die Erziehung des Volkes soll nach dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ gehandhabt werden. Leider gibt aber heute nur die Parteizugehörigkeit, um gute Stellen zu erlangen. Im Gegensatz zu diesen wertvollen sozialen Bestrebungen (gemeint ist die Bodenreform) stehen die sozialistischen der Neuzeit. Als ihrer Not abgeholfen war (!), da wurden die Arbeiter übermütig und strebten danach, das Kapital zu zerstören, die Fabrikation und Produktionsmittel zu verstaatlichen und Schule, Ehe und Erziehung zu verallgemeinern. Wir sehen, daß ein großer Unterschied zwischen sozialen Bestrebungen und sozialistischen besteht. Erstere sind aufbauend und beglückend, letztere sind niederreißend und zerstörend.

In der genannten Schule spricht ein anderer Lehrer vom gelben Schmutz in der deutschen Flagge. Alle diese Vorwürfe sind seit einiger Zeit schon Herrn Boelich, dem preussischen Kultusminister, bekannt.

Treibereien gegen Landsberg. Gegen den deutschen Gesandten in Brüssel, Genossen Landsberg, ist in der Presse der Vorwurf erhoben worden, er habe die deutsche Regierung nicht rechtzeitig von den Beschlüssen der belgischen Regierung unterrichtet. Tatsächlich hat Landsberg diese Beschlüsse sofort, nachdem sie ihm mitgeteilt worden waren, nach Berlin weitergegeben. Wenn die deutsche Presse von diesen Beschlüssen erst durch eine Meldung der „Agence Belge“, die von WZ verbreitet wurde, Kenntnis erhielt, so muß die Schuld daran an einer anderen Stelle gesucht werden, nicht bei der deutschen Gesandtschaft in Brüssel.

Einheitslichkeit antiker Grundstimmung vornehmlich durch die Besenlichter des bindenden Orchesters zuwege gebracht. Der Prologus setzt die Arie ruhig, pathetisch und großartig fort, die Chöre der Dionysen, Tritonen, Dryaden, Winger sind mit äußerster Charakterisierung abgestimmt auf die ihrer Bestimmung entsprechenden Ausdrucksnuancen der Arie, des Hymnus des Weherufs, der Heterkeit, des Dionysischen. Mensch und Element, Landhaft und Leben, Dämonisches und Unweltliches differenzieren genial die Stimmungen, ohne den Bau zu zerstückeln. Und es ist kein Wunder, wenn sich die Sänger des Volkschors straff und enthusiastisch und mit hoher Souveränität anschnitten an ein Werk, das dichterisch und musikalisch ausstrahlt in dieser Zeit: „Was himmlisches auf Erden blüht, was Menschen hoch zu Wäldern zieht, ihr Holdstes, ihr Selbste ist Menschlichkeit!“ Die Not der Zeit könnte an diesem Nachtwort der Humanität zerbrechen!

Deutsches Kunstgewerbe in den Vereinigten Staaten. Die Ausstellung der vom Deutschen Werkbunde gesammelten kunstgewerblichen Arbeiten, die im Museum des New York eröffnet worden ist, hat sehr reges Interesse erregt, nicht nur in deutsch-amerikanischen Kreisen. Bezeichnend für die amerikanische Auffassung über ist dabei, daß man wohl voll Anerkennung ist, aber die an den Sägen des heutigen deutschen Wertes gemessen recht niedrigen Preise der meisten Arbeiten doch noch zu hoch findet. Man erhebt daraus, daß das Verständnis für hochwertige, die Existenz des Kunsthandwerkes bedingende Arbeiten drüben vorerst noch recht gering ist und daß die Ueberzeugung mit billiger und minderwertiger Ware durch gewisse deutsche Exportfirmen der Einführung hochwertiger Arbeiten besonders handwerklicher Ursprungs nicht günstig ist. Im meisten Interesse und Beifall findet die Abteilung der Bücher und Spielzeuge. Die Ausstellung hat jetzt eine Wanderung durch verschiedene Städte der Vereinigten Staaten angetreten und wird voraussichtlich zum Schluß in New York selbst gezeigt werden.

Kinder und Farben. Im Anschluß an Ostwalds Farbennormierung haben C. Paul und W. Ostwald an 1149 Kindern Untersuchungen über ihre Lieblingsfarbe angestellt; denen aus dem 1. bis 3. Schuljahr wurden nur die vier Ursfarben gezeigt, während den Kindern aus dem 4. bis 8. Schuljahr Tafeln mit den acht Hauptfarben vorgelegt wurden. Es wurde Wert darauf gelegt, daß sich die Kinder ihr Urteil unbeeinträchtigt bilden und es auch geheim mitteilen konnten. Aus der Uebersicht über die Ergebnisse, die H. Hesser in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ wiedergibt, geht hervor, daß Rot in der Farbenempfindung der Kinder weitaus die bevorzugte Rolle spielt, ja, daß es in den ersten Jahren alle anderen Farben überwiegt. Die bekannte Wirkung des Rot auf Tiere und primitive Völker findet also hier die entsprechende Parallele. An Beliebtheit kann sich mit dem Rot nur das Violett messen, für das in den ersten Jahren Ultramarineblau eintritt, da Violett hier nicht gezeigt worden war. Aus dem Befund ist auch zu folgern, daß lediglich die Farböne das Werturteil des Kindes beeinflussen, nicht aber, wie gelegentlich vermutet worden ist, die Helligkeit der Farben. Denn Gelb, die hellste Farbe des Spektrums wie des hundertteiligen Farbdreiecks, nimmt eine Durchschnittsstellung ein, ebenso Blau, das

am dunkelsten ist. In späteren Lebensjahren verbreitert sich das Farbspektrum, an dem das Kind das höchste und unmittelbarste Wohlgefallen hat, denn man sieht neben dem Rot nächst benachbarten Violett Ultramarineblau und Orange bevorzugt. Seegrün tritt dagegen auffallend zurück, desgleichen findet Eisblau wenig Liebhaber. Die Mitteilung berichtet weiter über Untersuchungen an Knaben getrennt von Mädchen, sowie an begabten und unbegabten Kindern in verschiedenen Altersstufen. Das Gesamtergebnis ist im ganzen dasselbe, doch liegen für die Knaben die Werte zum Teil beträchtlich abweichend, wenn man sie mit denen der Mädchen vergleicht. Die Vorliebe für Rot beträgt nämlich bei den Knaben nur 40 Proz., während sie bei den Mädchen 61 Proz. ausmacht. Dafür tritt bei den Knaben eine Vorliebe für Landgrün mit 12 Proz. auf. Die größere Feinheit der Empfindung liegt also, zum mindesten in den untersuchten Altersstufen, beim weiblichen Geschlecht, mögegen die Intensität der Farbenfreude bei beiden Geschlechtern gleich zu sein scheint.

„Esperanto-Schule Berlin“. Unter diesem Namen wurde ein gemeinnütziges Unternehmen gegründet, das die Aufgabe hat, durch Heranbildung geeigneter Lehrkräfte, besonders von Berufslehrern, durch Abhaltung strenger Prüfungen um für alle Bedürftigenkreise im weitesten Umfange die Möglichkeit zur Erlangung der Welthilfssprache „Esperanto“ zu schaffen. Die „Esperanto-Schule, Berlin“, deren Geschäftsführung in Händen von Gymnasiallehrer B. Reich, Schöneberg, Eisenacher Straße 43, liegt, ist dem unter Aufsicht des Reichsministeriums des Innern stehenden „Esperanto-Institut für das Deutsche Reich“ angeschlossen. — Die Esperanto-Schule eröffnet Ende September und Anfang Oktober in allen Stadtteilen Anfänger-Unterrichtskurse für Erwachsene und Jugendliche mit oder ohne sprachliche Vorbildung.

Kaiser-Friedrich-Museum. Eine Ausstellung der Neuerwerbungen der Gemäldegalerie wird vorbereitet. Der Ausstellung der neuerworbenen Bilder soll dann eine Uebersicht über die Neuerwerbungen der plastischen Abteilung folgen.

Der neue Vorstand des Deutschen Werkbundes. In der ersten Sitzung des in diesem Jahre in Augsburg neu gewählten Vorstandes des Deutschen Werkbundes wurde Professor Richard Dieckmann zum ersten, Geh.-Rat Peter Bruckmann zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Deutsche Kunstverträge in Holland. Die Niederländisch-Deutsche Vereinigung hat den Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Wachold vom Preussischen Kultusministerium zu einer Reihe von Vorträgen eingeladen. Es werden im Zusammenhang mit der jetzt im Haag beginnenden Wanderausstellung neuer deutscher Kunst von Ende September bis Mitte Oktober stattfinden.

Schließung des Koblenzer Stadttheater. Die äußerst beschränkte Finanzierung der Stadt Koblenz hat bei den zuständigen Ausschüssen und bei der Stadtverwaltung selbst den Entschluß reifen lassen, das Stadttheater und die Opern zu schließen. Das Stadttheater wird am Ende der gegenwärtigen Spielzeit geschlossen werden.

Der vierte Märkische Esperantotag findet am 16. und 17. d. M. in Friedrichshagen statt. Bei dieser Gelegenheit wird die Wiedergründung des Märkischen Esperanto-Verbandes erfolgen. An beiden Tagen finden Arbeitssitzungen statt. Alle Interessenten sind eingeladen.

Blütensommer im Herbst.

Nachdem wir gelegentlich der Eröffnung eine allgemeine Würdigung der Gartenbau-Ausstellung im Schlosspark Bellevue...

Bei den Prachtblumen.

Man muß in Betracht ziehen, daß die in China und Japan heimischen Chrysanthemem erst vor etwa 70 Jahren in Europa...

Der Freund von Prachtblumen wird nicht versäumen, den auch architektonisch wirksamen Pavillon Beycedis aufzusuchen...

Sparfame Hauswirtschaft.

Der sparsamen Hauswirtschaft und dem Tagewerk der Hausfrau ist eine große Ausstellung gewidmet...

Zu ihnen gehören die transportablen Kachelöfen, die insbesondere für Siedelungen und Kottwohnungen bestimmt sind...

Einfach zubereitete Speisen bekanden, was mit geringen Mitteln hergerichtet werden kann...

„Mindestausgaben“.

Von der „Roten Fahne“ ist nicht gut zu verlangen, daß sie nicht übertrieben soll, da sie sich dann selber ausgeben müßte...

In der Woche vom 5. bis 11. September 1922 betragen die Mindestausgaben eines Ehepaares mit zwei schulpflichtigen

auch, wie Gartenkunst in Gartenkünsteln umschloß: Buchsbaumsträucher, die in Form von Kugeln und Pyramiden zugeschnitten sind...

Kinder der Wüste.

In verschiedenen Glashäusern fehlen auch die Kakteen nicht, und ein bekannter Sommer hat in einem kleinen Zelt eine ganze Sammlung solcher Kinder der Wüste ausgestellt...

Ruhpflanzen.

Neben gärtnerisch und botanisch bemerkenswerten Pflanzen bietet die Ausstellung auch vieles an Ruhpflanzen...

In kurzem wird der Blumenzauber im Park Bellevue der Berliner Volksgeschichte angehören...

Kindern für Nahrung 8542.66 M., für Kleidung, Schuhe, Reparaturen, Fahrgeid, Volksbad usw. 8552.09 M., für 8 Proz. Steuern 615.58 M., zusammen 9009.33 M.

Wer als Familienvater bei drei Kindern mit einem Monatsgehalt von 12000 M. zurecht kommen muß, das mancher Arbeiter noch nicht erreicht...

Sollten die Gehälter bei der „Roten Fahne“ solche „Mindestausgaben“ zulassen?

Politisch unreif, daher Antisemit.

In einem Berliner Warenhaus wurde eines Tages ein junger Mensch im Bedermwarenager dabei beobachtet, als er eine Aktienmappe sich anzueignen versuchte...

Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen dieses Diebstahls zu verantworten. Den ganzen Vorgang stellte er so dar, daß er sich zunächst über den hohen Preis der Fahrradlampe geäußert habe...

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Gesehäft ruhig, Fische gering, Geschäft roge, Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

denn das Gericht verurteilte ihn unter Bewährung mildernder Umstände nur zu 1000 Mark Geldstrafe.

Ein Aufschlag auf die Schuldeputation.

Eine Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen will die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung erzwingen.

An der gestrigen Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Ortstatuts für die Berufsschulen in Berlin wurde im § 2, der die Schulpflicht regelt und die Entscheidung darüber der Deputation für das Schulwesen zuweist...

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute abend dänlich 6 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Trp., Sitzung des großen Bildungsausschusses.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Am Freitag abend 7 1/2 Uhr im Bürgerklub des Rathauses, Königsplatz: Vortrag von Hans Sawann über „Die allgemeine außen- und innenpolitische Lage“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 14. Kreis. Köpenick. Freitag, den 13. September, 7 1/2 Uhr, bei Müller, Alter Markt, wichtiges Jubiläumstreffen der Funktionäre...

Heute, Donnerstag, den 14. September:

- 12. Vst. Köpenick. 7 1/2 Uhr im „Gambinus“, Kaiser-Friedrich-Str. 38, allgemeine Mitgliederversammlung...

Morgen, Freitag, den 15. September:

- 15. Vst. 100. Gemeindefürsorge. Elternversammlung Reichensberger Str. 67-70, abends 7 Uhr...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 14. September:

- Lehrerb. Jugendheim Gemeindefürsorge Schulstraße, Vortrag: „Als wieder Krieg“...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Leserinnenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin, Abteilung Mitte, Große Fasanenstraße 11, Vortrag: „Biographie über Charles Darwin“...

Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, den 13. September.

- 1. Rennen. 1. Eldre II (Kollna), 2. Walburgis (R. Schmidt), 3. Kolobler (Wels)...

Briefkasten der Redaktion.

J. A. Wimmerhoff. Der Duna ist nicht förderlich; wie können schon geglaubt werden, begünstigt er, auch im verzeigten Zustande, die Vermehrung von Schwärmen...

Wetter bis Freitag mittag. Etwas kühler, überwiegend bewölkt mit meist verwehten, im Westen wieder vielfach kalten, stillen bis etwas schwächeren Regenschauern.

3 Milliarden für Wohnungsbau.

In 8000 ohne Boden.

Der Ueberwachungsaußschuß des Reichstages genehmigte am Mittwoch die Bereitstellung von 3 Milliarden Mark zur Fertigstellung begonnener Wohnungsbauten. Diese Summe wird auf die Landesregierungen verteilt und soll den Trägern des Wohnungsbauvertrages überlassen werden (Wohnungsfürsorgegesellschaften, Gemeinden, Siedlungsgesellschaften), denen durch Rahmenbescheid Landesdarlehen zur Verfügung gestellt sind oder welche die bau- und finanzwirtschaftliche Treuhandschaft für Zuschußbauten übernommen haben. Die Darlehen sollen aus der in Aussicht genommenen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe vorweg gedeckt und spätestens bis zum 30. September 1923 an das Reich zurückgezahlt werden. Bis zur Rückzahlung sind sie mit 7 Proz. zu verzinsen.

Nach den Ausführungen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums sind die für die Durchführung des Wohnungsbauvertrages verfügbaren öffentlichen Mittel nicht mehr ausreichend zur Vollenbung der in diesem Jahre begonnenen Bauten. Infolge des Geldmangels mußten bereits zahlreiche Bauten stillgelegt werden, teilweise gelangten sogar begonnene Bauten zum Abbruch. Mit dem Aufkommen der Beträge aus der Wohnungsbauabgabe ist vor 1923 nicht zu rechnen. Diese traurigen Zustände veranlaßten den Ausschuß zur Bewilligung der vorgenannten Summe.

Republikshuß und Beamtenrecht.

Weimar, 13. September. (M.) Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern Dr. Falk sprach vor thüringischen Beamten über das Gesetz betr. die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. Dr. Falk führte aus, daß Beamte, die den Eid auf die Reichsverfassung verweigern und die nach Erlaß des Gesetzes ernannt sind, ohne weiteres entlassen werden können. Was die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik selbst anlangt, so erläuterte das angeführte Gesetz lediglich den bisherigen Rechtszustand. Wenn angenommen werde, das Gesetz enthalte eine unzulässige Beschränkung der den Beamten in der Reichsverfassung gewährleisteten Meinungsfreiheit, so sei auf ein arundlegendes Urteil des Reichsdiskussionshofes hinzuweisen, wonach das Recht der freien Meinungsäußerung bei den Beamten einer stärkeren Beschränkung als bei den Nichtbeamten unterliege. Der Beamte habe also auch außerhalb des Dienstes, insbesondere bei politischen Kundgebungen, auf die staatlichen Interessen, denen er in seinem Amte zu dienen habe, gebührende Rücksicht zu nehmen.

Eisnerich am Schandpfahl.

München, 13. September. (M.) Die Führer des bayerischen Ordnungsbundes haben in einem Rundschreiben, das die „Münchener Post“ veröffentlicht, scharf gegen Horst Eisnerichs Erklärung Stellung genommen. Eisnerich habe als Vertreter einer außerbayerischen Bewegung der bayerischen Heimat und dem übrigen bedröhten Volkstum einen schlechten Dienst erwiesen. Er sei daher nicht länger ernst zu nehmen. Er habe die Sache der Franzosen unfreiwillig betrieben, da er als Führer der bayerischen Einwohnerwehr vor zwei Jahren geschworen habe, nie die Waffen abzugeben, dann aber die letzten Folgerungen nicht gezogen habe.

Wie gegen den (bereits verurteilten) Römer sind auch gegen mehrere Führer des Bundes „Oberland“ Strafverfahren anhängig. Die Hofbefehle sind jedoch vorläufig aufgehoben (und die Grenze ist so nah!).

Die Postgebührenerhöhung.

Am 27. Ausschuß des Reichstages forderte bei Beratung der neuen Postgebühren Abg. Genosse Steinkopf die Beförderung der Beamten nach Fähigkeit und nicht nach Dienstalter. Nach längerer Besprechung wurden die vorgeschlagenen Gebühren unverändert angenommen und folgende Entschliebung gefaßt: 1. Den Postminister zu erlauben, künftighin bei Beförderungen von Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung in leitenden Stellen nicht mehr in erster Linie das Dienstalter, sondern bei genügender Befähigung die Eignung maßgebend sein zu lassen. Beamte, welche den Anforderungen der neuen Stellen nicht voll gewachsen sind, sollen nicht befördert werden. 2. Bei künftigen Gebührenerhöhungen soll die Postverwaltung die Einrichtungen und Kosten der Fernsprechanstalten voll ersetzt verlangen. Die Grundgebühr soll aber künftig mäßiger und die Gesprächsgebühr stärker erhöht werden. Ferner soll die monatliche (statt der vierteljährigen) Bezugszeit für Zeitungen eingeführt werden.

In der Debatte hatte Minister Giesberts ausgeführt, die Zulieherhöhung habe, da sie maßvoll gehalten war, wesentlichen Einfluß auf den Verkehr nicht ausgeübt. Unter dem Einfluß der schnell fortschreitenden Geldentwertung werde das Publikum auch jetzt verständnisvoll für die Notwendigkeit abermaliger Erhöhung zeigen. Eine Erhöhung um durchschnittlich 100 Proz. werde für notwendig gehalten und erscheine tragbar. Im übrigen werde die Verwaltung sparen, wo es möglich sei. U. a. würden allmählich 15 000 bis 16 000 Beamte in andere Reichsverwaltungen übergeführt.

Ein polnisches Urteil.

Der Vorsitzende des Bundes der freien Gewerkschaften Westpolens, Matuzewski, ist, wie die sozialdemokratische Bromberger „Volkszeitung“ meldet, zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Grund für das Urteil ist ein Aufruf der freien Gewerkschaften aus dem November vorigen Jahres, als der Allg. Arbeiterverband unter Mißachtung eines Schiedsspruches 25 000 Arbeiter auf die Straße warf. Der Zweck des Aufrufes war es, die Arbeiter vor Sonderverhandlungen zu warnen und Ausschreitungen zu verhüten. Das Gericht nahm Anstoß an folgenden Stellen des Flugblattes:

„Nur Profitgier und nicht das Staatsinteresse, womit sich die Arbeitgeber so gern rühmen, hat sie zu diesem rücksichtslosen Schritt (Massenkundgebung) veranlaßt.“ — „Über tausende hat man aufs Pfahler geworfen, ohne sich um ihre Existenz und ihre Familien zu bekümmern. Man spielt jetzt mit ihrer Geduld.“ — „Druck erzwingt Gegenbrand.“ — „Man kümmert sich nicht darum, wovon diese Aertertausende leben sollen, die durch das brutale Vorgehen des Kapitals bratlos gemacht worden sind.“ — „Noch heute sitzen Leute lediglich deshalb im Gefängnis, weil sie es wagten, die Verbesserung ihrer Lage durch Streik zu erreichen, was ihnen durch Gesetz gestattet ist.“

Die Behörden haben in diesen Sätzen eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten resp. eine Wiedergabe unwahrer oder erdichteter Tatsachen. Matuzewski konnte in seiner Verteidigung darauf hinweisen, daß der Aufruf mit den Worten schließt: „Lassen wir uns nicht provozieren! Wachen wir darauf, daß die Ruhe nirgends gestört wird! Nur eiserne Disziplin und Ausdauer kann uns in diesem brutal aufgezwungenen Kampf zu vollem Erfolg führen!“, und daß deshalb der erste Punkt der Anklage zusammenfiel. Was den zweiten Punkt anbelange, so habe sich das Flugblatt lediglich auf die Wiedergabe polnischer Zeitungsnotizen beschränkt. Das Gericht milderte daraufhin das Urteil der ersten Instanz von 6 Wochen Gefängnis auf 4 Wochen.

Die Bromberger „Volkszeitung“ fragt anfänglich dieses Urteils, ob nunmehr auch gegen die in Frage kommenden Zeitungen Anklage erhoben werde, und bemerkt weiter:

„Das deutsche Strafrecht, dessen Einföhrungsgezet mit den schönen Worten „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden usw.“ beginnt und dessen Paragraphen 130 und 131 gegen feindliche Regungen (Arbeiterbewegung, Polen usw.) extra fabriziert worden sind, wird von der demokratischen Republik leider oft genug in einem Sinne ausgelegt, den man früher nur im Klassenstaat Preußen vorhanden glaubte.“

Auch uns will es nicht recht in den Kopf, weswegen man es mit der „Besetzung“ der früher deutschen Gebiete so eilig hat, wenn man heute fortföhrt, nach dem alten Gottes-Gnadenatum von Wilhelms Gnaden weiter zu schalten und zu walten.“

Gegen Wucher und Zenerung Massenkundgebung

am Freitag, den 15. September, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- Mitte: Musikerkäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
- Tiergarten: Moabiters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
- Wedding: Pharuskale, Müllerstr. 142.
- Prenzlauer Berg und Weißensee: Böhow-Brauerei, Prenzlauer Allee.
- Friedrichshain: Prachskale des Ostens, Frankfurter Allee 48.
- Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 127.
- Spandau: Kochs Bismarckkale, Feldstr. 51.
- Wilmersdorf: Lokal Rohr, Kaiserallee 51/52.
- Zehlendorf/Wannsee: Kaiserhof, Zehlendorf, Potsdamer Str.
- Schönberg/Friedenau: Hohenzollernschule, Schöneberg, Marina-Luther-Str. 22/23.
- Steglitz: Nymcum 1, Rothenburger Str.
- Tempelhof/Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof.
- Neutölln/Kreuzberg: Schultheiß-Restaurant, Hasenheide (Wintergarten).
- Treptow: Wirtshaus Coreley in Niederschöneweide, Berliner Straße 101.
- Köpenick: Stadtheater.
- Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 38.
- Lichtenberg: Realgymnasium, Parkau.
- Pankow: Lokal Lindner, Breite Straße.
- Reinickendorf: Strandlosh in Tegel.

Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, ericheint in Massen!

Bezirksverband Berlin SPD.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.
Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend.

Reichsmarinegeist.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: In Wilhelmshaven-Rüstringen gibt es eine sogenannte Schiffsstammdivision. Das sind die Ueberbleibsel der berühmten Ehrhardt-Brigade, die von hier aus nach und nach auf die Schiffe der deutschen Reichsmarine zur Dienstleistung verteilt werden, nachdem die zurzeit des Kapp-Putsch verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften hinausgedrängt worden sind. Diese Truppe kehrt neulich von einem Truppenübungsplatz zurück. Zur Feier des Tages hatten fleißige Hände die Kasernentore mit den alten schwarzweißen Farben — ohne Gölz verfehlt sich — geschmückt. Das fand unser Rüstringer Parteiblat einigermassen verwunderlich und gestattete sich zu bemerken, daß die verfassungstreuen Vorgesetzten das offenbar nicht bemerkt hätten, andernfalls würden sie für eine weniger prooogierende Ausschmückung Sorge getragen haben.

Dieser Rotz hat nun den Kommandeur dieser Truppe sehr in Harnisch gebracht, und er setzte sich hin, um folgenden, geradezu klassisch anmutenden „Sonderbefehl“ zu erlassen, der der Deffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf.

Schiffsstammdivision Nordsee.
Rüstringen i. O., 18. August 1922.

Sonderbefehl!

In einer Zeitung ist die Art der Ausschmückung einiger Kasernentore bei Rückkehr der 1. Abteilung aus dem Lager in gehässiger Weise ausgelegt worden. Der Artikel sucht die Vorgesetzten, die diese Ausschmückung mit der alten Kriegsflagge und schwarzweißen Fähnchen wohl absichtlich übersehen hätten, abendrein lächerlich zu machen.

Ich habe diesen nicht befohlen, sondern freiwilligen Ausdruck eines freundlichen, kameradschaftlichen Empfanges wohl bemerkt und mich darüber gefreut, weil ich dabei überzeugt war, daß bei den Urhebern der Ausdruck einer politischen Gesinnung vollständig fernzulegen (!) hat.

Sollte diese Mitteilung an diese solbatenfeindliche (!) Zeitung von einem Angehörigen der Schiffsstammdivision ausgegangen sein, was wahrscheinlich ist, so würde das von höchst unkameradschaftlichem und undeutlichem Sinne zeugen, den ich von Angehörigen der Division nicht erwarte und den ich ausgeschaltet wissen will.

Ich erwarte aber gleichzeitig und befehle hiermit ausdrücklich, daß alles peinlich vermieiden wird, was an deren Worten, die sich nicht als Soldat fühlen können, Zweifel an der verfassungsmäßigen Pflichterfüllung von Angehörigen der Schiffsstammdivision aufkommen lassen könnte.

Die Soldaten müssen sich darüber klar sein, daß noch viele Volksgenossen leider jede Gelegenheit gern ergreifen, um die Wehrmacht dem deutschen Volk verächtlich und verhaßt zu machen, und daß der Soldat auf Schritt und Tritt bespöthelt und beobachtet wird. Sicherlich nicht aus Sympathie zur Truppe besetzte z. B. neulich ein bekannter Vertreter militärfeindlicher Kreise (!) die einrückende 1. Abteilung vom Rüstringer Bahnhof bis zum Kasernentor.

Strenge Selbstzucht ist daher am Plage!
gez. Lampe, Kapitän z. S. und Divisionskommandeur.

Es ist natürlich vollkommen überflüssig, sich mit diesem Divisionskommandeur über die Begriffe „undeutlich, unkameradschaftlich“ oder gar „solbatenfeindlich“ auseinanderzusetzen. Sein Sonderbefehl beweist seinem ganzen Inhalt nach, wie wenig Recht der Mann hat, mit diesen Worten um sich zu werfen. Es soll nur wieder einmal gezeigt werden, was sich heute alles als „Führer“ in der Wehrmacht der Deutschen Republik ausgeben kann. Wenn irgend jemand einen Preis ausgeföhrt hätte, wie die Klust zwischen Volk und Wehrmacht zu einer unüberbrückbaren gemacht werden kann, dann verdient dieser Divisionskommandeur ihn.

Der „Vorwärts“ als rotes Tuch. In unserer Abendausgabe vom Dienstag hatten wir festgestellt, daß die „Deutsche Zeitung“ Einnes belämpfe, weil er für sie „ein Begabter des Sozialismus“ sei. Die „rote Fahne“ meint in ihrer Aufregung, die sie

paßt, sobald sie uns freit, daß wir Einnes für einen Vorkämpfer des Sozialismus hielten. Etwas kann wirklich nur ein aufgewachener, politischer — Sowjetredakteur schreiben, wobei wir die „rote Fahne“ darum erlauben, uns nicht faisk zu verstehen, wir meinen damit weder die Redakteure der „Deutschen Zeitung“ noch Einnes —

Wirtschaft

Geldknappheit und Industrie.

Die Kreditnot nimmt Formen an, die in den verschiedensten Gewerbezweigen zu großen Besorgnissen Anlaß gibt. Man rechnet bereits in den verarbeitenden Industrien mit Betriebseinschränkungen und Stilllegungen. Bezeichnend ist ein Notkrei der „Deutschen Bergwerkszeitung“, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Aushöhlung der deutschen Wirtschaft macht beängstigende Fortschritte. Die Symptome der Scheinkonjunktur werden auch dem Laien mehr und mehr erkennbar. In der Industrie herrscht angespannteste Tätigkeit, die Nachfrage nach allen Erzeugnissen ist groß, die Lieferfristen werden immer ausgedehnter. Trotzdem verbietet die Industrie von Monat zu Monat weniger. Die großen papierernen Berlezesziffern der Werke bedeuten nichts weiter als eine glänzende Schale um den faulen Kern. Die Eisenindustrie verschuldet mehr und mehr. Die Beschaffung der für den Rohstoffbezug nötigen Devisen bereitet immer größere Schwierigkeiten. Gerade in dieser verhängnisvollen Zeit versagen die Großbanken völlig. Sie sind weder in der Lage, der Industrie Kredite noch ausreichende Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Aus der Zahlungsmittelermachen der Industrie allergrößte Schwierigkeiten. Die Arbeiterbewegung ist wegen der unregelmäßigen Lohnzahlung mißgestimmt, und die radikale Agitation macht sich das weidlich zunutze. Man hat sich an den Lohnstagen zum Teil durch die Ausgabe von Gutscheinen an die Arbeiter zu helfen versucht, aber eine wesentliche Erleichterung des Zahlungsverkehrs ist dadurch nicht eingetreten. Wie sehr sich die Verhältnisse zuspitzen haben, geht daraus hervor, daß die Werke in ihrer Kollage bereits dazu übergegangen sind, Milliarden von Papiermark in ihren Geldschränken aufzustapeln, nur um jeweilig die fälligen Lohnsummen zur Verfügung zu haben. Abgesehen von den dadurch entstehenden großen Zinsverlusten, kann auch dieser Maßnahme kein Dauererfolg zugesprochen werden. Das Schlimmste aber ist, daß die Industrie diese Papiermilliarden zum Teil gegen Hergebe von Devisen im Ausland zu kaufen gezwungen ist und somit der für Rohstoffbezug dringend erforderliche Devisenbestand immer mehr zusammenschmilzt. Es geht nicht an, der Reichsbank allein die Schuld an der Zahlungsmittelknappheit aufzuladen. Die Großbanken müssen soviel Ueberbild über den Geld- und Kapitalmarkt haben, daß sie rechtzeitig Vorzeige treffen konnten, der Industrie die nötigen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Wo zu liegen die Großbankdirektoren in den Aufsichtsräten der großindustriellen Unternehmungen? Heute haben die Werke zu ihren vielen Sorgen noch das zweifelhafte Vergnügen, ihre eigenen Bankiers zu spielen, nur weil den Großbanken das Anpassungsvermögen an die Zeitverhältnisse abgeht. Es ist an der Zeit, daß die Bankpolitik wieder großzügigere Gesichtspunkte sich zu eigen macht und engere Fühlung mit der Industrie angestrebt wird. Zurzeit hört man über unsere Hochfinanz nichts als Klagen. Ein maßgebender Industrieller hat sich vor kurzem dahin ausgesprochen, daß, wenn die westliche Industrie in der letzten, besonders schwierigen Zeit ebenso schlecht gefehlet worden wäre, wie die Großbanken, mancher Betrieb seine Tore hätte schließen und die Arbeiter auf die Straße setzen müssen.“

Die Erbitterung, mit der sich die Industrie hier gegen die Banken wendet, ist psychologisch verständlich, trotzdem nicht voll berechtigt. Hat doch die Industrie in den letzten Kriegsjahren und später nichts dazu getan, um die Betriebsmittel zusammenzuhalten. Dinstanden, die zum tatsächlichen Vermögensverlust in keinem Verhältnis standen, wurden ausgeschüttet, Kapitalien wurden verwässert und den Aktionären gewaltige Bezugsrechte zugeschanzt. Die „Scheinkonjunktur“ bestand nur, wenn man den Arbeitern Karmachen wollte, daß sie die verfluchte Pflicht hätten, in ihren Lohnforderungen sich Beschränkungen aufzuerlegen, nicht aber für den Aktionär und den Spekulanten. An dieser leichtfertigen Finanzgebarung tragen auch Industrieführer ein gerüttelt Maß von Schuld.

Damit ist nicht gesagt, daß die Banken Unschuldslämmer wären. Mit ihrem starrsinnigen Widerstand gegen alle Versuche, durch gemeinwirtschaftliche Maßnahmen die Gefahren der von der Rotenflut und der Verschleierung der Vermögenswerte beherrschten Hochpreiszeit zu mildern, durch ihre nachgiebige Duldung der gewaltigen Gewinnanschüttungen der von ihnen beaufsichtigten Werke, durch Mangel an Voraussicht und Verantwortungsgefühl haben sie zu ihrem Teil die Desorganisation der Wirtschaft gefördert.

Im übrigen ist der Marnruf der „Deutschen Bergwerkszeitung“ in einem Punkte verfehlt. Es ist — volkswirtschaftlich gesehen — kein sonderlicher Schaden, wenn Devisenhamsterer, die sich an der Jagd der Baluta beteiligt, damit den Dollar und die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben haben, jetzt auch gezwungen sind, Mark gegen Devisen zu kaufen. Hält aber dieser Prozeß längere Zeit an, so besteht die Gefahr, daß wirklich zur Rohstoffbeschaffung benötigte Devisen veräußert werden müssen, um die Löhne für laufende Aufträge zu bezahlen, daß also die Auszehrung des Betriebskapitals in gewaltigem Umfang einsetzt und daß diese ohne Wahl produktions- und exportwichtige Betriebe erschlagen. Hier gilt es vorzubeugen, und zwar haben Industrie und Banken, die oft gegen den Willen der Regierung die allgemeine Preistreibe begünstigt haben, die Pflicht, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die jetzt bevorstehende Krise zu mildern. Banken und Industrie haben die Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten mit ihrem Kampf gegen Zwangswirtschaft und gemeinwirtschaftliche Politik hintangehalten und damit den erhöhten Kapitalbedarf der Wirtschaft hervorgerufen. Jetzt ist es ihre Aufgabe, ihre so oft gerühmte private Initiative zum Nutzen des Gesamtvolkes zu entfalten. Das ist die Forderung des Tages.

Nach dem, was das privatkapitalistische Unternehmertum in Industrie und Banken bisher geleistet hat, ist es allerdings höchst fraglich, ob man sich zu einer solidarisichen Aktion aufschwingen wird oder ob man es damit genug sein läßt, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben, den Dingen aber weiter ihren freien Lauf zu lassen, bis die Arbeitslosigkeit hereinbricht.

Beginnende Krise am Arbeitsmarkt. Ueber die Beginnende Krise am Arbeitsmarkt meldet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes geht auf der obliegenden Linie weiter. Die Textilindustrie, die Margarineindustrie in den Bezirken Reuß und Emmerich, die Genußmittelindustrie und die Tabakindustrie melden Betriebs-einschränkungen, kurze Arbeitsfeiertagen und Kündigungen.

Keine Preiserschöpfung für Exportkoll. Das Deutsche Kreditinstitut berichtet durch B.Z.: Wir dementieren hiermit auf das nachdrücklichste die in der europäischen und amerikanischen Presse verbreitete Nachricht über eine Verständigung zwischen dem Deutschen Kreditinstitut und den eilässigen Kollwerken auf dem Weltmarkt oder auf dem östlichen Markt, sowie über die Absicht einer Preiserschöpfung für Kollifolge in den Vereinigten Staaten.

Dreisrakete. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 japanischer Yen 799 Geld, 771 Brief; 1 brasilianischer Rireis 212,23 Geld, 212,77 Brief. — Am freien Berkehr galten 100 Polsemark etwa 22,20 R.

Gewerkschaftsbewegung

Berliner Gemeindebetriebe und Gemeindearbeiter.

Die Frage, ob die Kommunalbetriebswirtschaft in Berlin lebensfähig, rentabel gestaltet und weiter ausgebaut werden kann, oder aber ob sie abgebaut und dem Privatkapital ausgeliefert werden muß, ist von großer Bedeutung. Und zwar nicht nur für die unmittelbar beteiligten Arbeiter und Angestellten, den Magistrat und die Berliner Bevölkerung, sondern darüber hinaus für die ganze sozialistische Bewegung. Nicht zuletzt auch für Zeit und Tempo der Sozialisierung.

Für die Lösung des Problems selbst würde auch der vollständige Zusammenbruch der Berliner Kommunalbetriebswirtschaft noch keinen Gegenbeweis liefern, trotzdem er sie ungemein erschweren müßte. Zur Kommunalisierung müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, sowohl hinsichtlich der Finanzkraft, der Verwaltung, der Arbeitnehmerkraft und der Allgemeinheit.

Wie es mit der Finanzwirtschaft steht, ist bekannt. Ebenso offensichtlich ist der Widerstand, der im ganzen bürgerlichen Lager und seiner Presse den kommunalen Betrieben entgegengekehrt wird. Es müßte möglich sein, diesen Widerstand durch Zusammenwirken der Verwaltung, der kaufmännischen und der technischen Betriebsleitungen sowie der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu überwinden.

Wie die Dinge in Berlin von der Arbeiterseite aus gesehen werden, zeigte eine Versammlung der Funktionäre des Lohnpartei am 12. September im Schweizergarten, in welcher der Vorsitzende der Berliner Gemeindearbeiter, Genosse Polenste, zu diesem Thema folgende Ausführungen machte:

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht in der bürgerlichen Presse für die Entkommunalisierung der städtischen Betriebe Propaganda gemacht wird. Man begründet diese Forderung mit der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe, die schließlich zum Zusammenbruch der städtischen Finanzwirtschaft führen müsse. Schuld an diesem Gange der Dinge sei insbesondere die städtische Arbeiterkraft, die durch ihre hohen Löhne und die ihnen vom sozialistischen Magistrat gewährten sozialen Zuwendungen die Stadt zugrunde richte.

Diesen grundlosen Behauptungen, die man zur Irreführung der öffentlichen Meinung benutze, müsse entschieden entgegengetreten werden, und zwar in aller Öffentlichkeit.

Zunächst hätte man versucht, die städtischen Güter dem Privatkapital auszuliefern. Das sei zwar nicht erreicht, aber einige Güter seien bereits verpachtet worden. Die Pächter hätten sich nicht gefunden, wenn sie nicht sicher wären, dabei ein gutes Geschäft zu machen. Eine Verbesserung der Rentabilität könne gewiß erreicht werden, wenn man die Ansprüche der Administratoren etwas herabsetze und die Bewirtschaftung energischer kontrolliere. Es sei nicht angängig, für die Verwalter der Güter Luxusrichtungen zu schaffen, wie sie nicht einmal das städtische Oberhaupt besitze.

Bei der Rentabilitätsfrage müsse berücksichtigt werden, daß ein Teil der Güter der Hauptsache nach zu dem Zweck erworben ist, die Abwässer der Großstadt aufzunehmen. Sie waren schon Schmerzenskinder der Stadtverwaltung, als die bürgerliche Demokratie allein die Herrschaft im Stadtparlament führte.

Das Privatkapital strebt aber seine Hand nicht nur nach dem städtischen Grundbesitz, sondern weiter nach den Straßenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerken aus. Hier glaubt es, große Gewinne erzielen zu können.

Die Stadt hat die Straßenbahnen in einem geradezu trostlosen Zustand übernommen und das wirkte sich im Betriebe heute noch aus. Nur etwa die Hälfte der Einnahme nähmen die Löhne der Arbeiterkraft in Anspruch, alles übrige die sonstigen Betriebskosten. Die Löhne seien rund um das 60fache, die Preise für Materialen um die vier bis das 200fache gestiegen. Nicht die Löhne, sondern die viel höher gestiegenen anderen Betriebskosten seien es also, die die Straßenbahnen schwer belasten.

Auch bei den Elektrizitätswerken lägen die Dinge so, daß die Löhne nur den geringsten Teil der Ausgaben bilden. Dabei ist der Strompreis um das 100fache gestiegen.

Die Gaswerke sind zum Teil nicht auf der Höhe neuzeitlicher Einrichtungen; sie stehen aber mit 125 Millionen zu Buch. Die Löhne sind um etwa das 60fache, der Gaspreis um das 77fache gestiegen. Die Elektrizitätswerke sind mit dem Wert von 175 Millionen verbucht. Die gesamten städtischen Werke repräsentieren eine Milliarde in Goldmark. Die Stadt sei also nicht mittellos, sondern recht kapitalkräftig.

Seitdem eine bürgerliche Mehrheit in das Rote Haus eingezogen ist, mache sich in der bürgerlichen Presse der Ruf nach Ueberführung der städtischen Werke in den Privatbetrieb geltend. Das Kapital glaube durch den Abbau der Löhne und Abschaffung sozialer Einrichtungen seinen Profit hunger stillen zu können und halte den Zeitpunkt für den Erwerb der Betriebe jetzt gekommen. Bisher habe sich der Magistrat entschieden gegen die Abgabe der

Werke gewehrt. Aber die Gefahr sei noch nicht vorüber. Die Öffentlichkeit hierüber aufzuklären, müsse jetzt unsere Aufgabe sein. Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen.

Ein Antrag, ihn möglichst gedruckt der Öffentlichkeit zu unterbreiten, fand einstimmig Annahme.

In der anschließenden Diskussion brachte Leoz Nitzsche in städtischen Krankenhäusern zur Sprache. Es herrsche Mangel an Wäsche und Medikamenten. Auch das Essen sei ungenügend. Man spare an verkehrter Stelle. Eine Frau habe erst 14 Tage nach der Entbindung reine Wäsche erhalten. Für etwa 100 Patienten sei nur ein männlicher Pfleger bestellt worden.

Nach Schluß der Aussprache wurde eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten angenommen, die zum Schluß besagt:

„Die Versammelten richten an den Magistrat, an die Stadtverordnetenversammlung und besonders an die sozialistischen Parteien das dringende Ersuchen, allen Versuchen, die auf Entkommunalisierung städtischer Betriebe hinzielen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Die versammelten Funktionäre verpflichten sich, mit allen Kräften alle Maßnahmen zu unterstützen, die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe und Einrichtungen zu fördern.

Allen Bestrebungen und Versuchen, die Betriebe und Einrichtungen zu entkommunalisieren, werden sie den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Zum Angestelltenentarif in der chemischen Industrie.

Das letzte Verhandlungsergebnis in der chemischen Industrie, eine 50prozentige Gehaltserhöhung für den Monat August, wurde vom Afa-Bund und dem GdA angenommen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband lehnte jedoch die 50 Proz. ab. Er rief den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin an, der einen Schiedsspruch über 55 Proz. fällte. Vom Arbeitgeberverband ist dieser Schiedsspruch abgelehnt worden. Jetzt macht der GdA und der mit ihm kartellierte Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter Stimmung für einen Streik. Doch ein derartiger Streik lächerlich und sinnlos wäre, bedarf wohl keiner Erörterung. Das ganze Kuriertum der Deutschnationalen zeigt auch, daß ihr hyperradikales Geschrei einzeln und allein aus agitatorischen Gründen erfolgt. Nachdem das Verhandlungsergebnis vom Afa-Bund und GdA angenommen war, verfuhr man bei den Deutschen im trüben an sich und Mittelüberkann zu treiben. Wenn diesen für ihre unsauberen Zwecke auch alle Mittel recht sind, werden sie sich doch sehr hast täuschen.

Vom Afa-Bund ist erreicht worden, daß die Verhandlungen wegen der Septemberregelung am Freitag, den 15. d. M., stattfinden. Ob die Deutschnationalen sich an diesen Verhandlungen beteiligen werden, steht noch nicht fest.

Auf den Monat September ist bei dem Arbeitgeberverband vom Afa-Bund eine Gehaltserhöhung von 80-90 Proz. gefordert worden.

Streik bei der Firma Henker u. Co., Kunstseifenfabrik.

Bei der Firma Henker u. Co. stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen seit 11. September im Streik wegen Lohnunterschieden und Anerkennung des Rohmaterialtarifs der Feinseifen- und Kunstseifenindustrie. Der Inhaber, Herr Henker, glaubt, daß nur er darüber zu bestimmen hat, welcher Tarif für seinen Betrieb maßgebend ist. Er möchte, je nachdem er einen Tarif ausfindig macht, in dem noch niedrigere Löhne vereinbart sind, als die, die er in seinem Betriebe zahlt, diesen Tarif zur Anwendung bringen, trotzdem er vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Zahlung des Tariflohnes für die Feinseifen- und Kunstseifenindustrie verurteilt wurde. Der Betrieb gilt hiermit als gesperrt. Zugang ist fern zu halten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

Die Lohnforderungen der Gehilfen sind von den Arbeitgebern ohne jede Verhandlung abgelehnt worden. Die zartfühlenden Prinzipale wollen „eine Beumtötigung der Bevölkerung vermeiden durch Festsetzung neuer Verdienungspreise“. Die Lohnforderungen der Gehilfen sind aber für die Preisgestaltung ganz belanglos. Das ergibt sich daraus, daß die Verdienungspreise in den letzten Wochen eine Erhöhung von 80 bis 100 Proz. erfahren haben und jetzt fast allwöchentlich neu geregelt werden. Der vor drei Wochen vereinbarte Mindestlohn von einundzwanzig Mark ist längst überholt und nicht mehr ausreichend zur Lebenshaltung, geschweige denn für die Erhaltung und die Instandhaltung der Berufskleidung und des Handwerkszeuges. So lange die Wirtschaftsverhältnisse es nötig machen, müssen auch im Friseurgewerbe tarifmäßige Lohnvereinbarungen abgeschlossen werden. Wer einem

Arbeiter keinen ordentlichen Lohn zahlen kann, soll keinen beschäftigen. Die Mindestlohnfrage sind in der Praxis teilweise schon überschritten. Der Vorstand hat den Schlichtungsausschuß angerufen.

Drohender Streik in der Pughandlung.

Die bisherigen Lohnverhandlungen der Handelsarbeiter sind als gescheitert zu betrachten, da die am 9. September mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes zunächst festgelegten Lohnsätze, welche für einen über 22 Jahre alten Arbeiter einen Lohn von 2250 M. pro Woche vorsehen, vom Vorstand des Zentralausschusses dieser Pughandlung abgelehnt wurden. Da dieser Lohn noch weit unter den üblichen Löhnen verwandter Branchen bleibt, so ist, falls am Donnerstag in der Arbeitgeber-Versammlung keine endgültige Zustimmung erfolgt, mit sofortiger Arbeitsniederlegung zu rechnen.

Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Wie amtlich gemeldet wird, hat das Reichsamt für Arbeitsvermittlung auf Antrag der am Ueberarbeitsabkommen beteiligter Verbände die tariflich vereinbarte Arbeitszeit im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk gemäß § 3 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage bis zur Entscheidung über die beantragte allgemeine Verbindlichkeit zugelassen.

Der Verband der Fabrikarbeiter teilt mit: Der Streik bei der Firma Körting & Söhne, Steglitz, Ahornstr. 6, ist beendet. — Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

SPD- und USPD-Wäcker. Die in der gestrigen Abendausgabe angekündigte Versammlung findet nicht heute, sondern am nächsten Donnerstag, den 21. September, in den Sophienhallen, Sophienstraße 17/18, statt.

Der Wiener Buchdruckerstreik geht weiter. Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wieder, als einzige Tageszeitung. Angeblich ist durch den Streik ein Tageblatt eingegangen und zwei weitere sollen folgen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion I, Handelsarbeiter. Donnerstag 6 Uhr bei Mitte, Polstr. 19, Hochgruppenversammlung zwecks endgültiger Entscheidung zur Lohnbewegung.

Wahrung, Bienenweide! Bauherrschaften Freitag 6 Uhr im Gemeindefesthaus. Das neue Lohnabkommen und die weiteren Maßnahmen. Bauherrschaften. Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Bauherrschaftenversammlung zu erscheinen. Der Ortsvorsitzende der SPD.

Genossenschaft der Schuhmacher. Freitag abend 7 1/2 Uhr Bauherrschaftenversammlung der Schuhmacher. Bauherrschaften bei Wille, Sebastianstr. 30. „Geldentnahme zum Ankauf der Arbeiter.“

„Lohnung, Kinnerei! Ein Sonntagabend und Sonntag finden in allen Bezirken in den besagten Lokalitäten Bauherrschaften statt, mit der Tagesordnung: „Geldentnahme zu der gestrichelten Lohnbewegung.“ Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Bauherrschaftenversammlung zu erscheinen. — Im Bezirk 30 (Reinickow) ist die Bauherrschaftenversammlung am Sonntag nachmittags 5 Uhr bei Salow, Bobbin, Ede Parstraße.

Verantwortlich für den Inhalt: Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

Zahlreiche Krankheitskeime, darunter die Erreger der Halsentzündungen, Grippe und dergl. gelangen durch Mund und Nachen in den Körper.

Schutz vor Ansteckung,
besonders in der Zeit der Erkältungen,

bieten die als bewährten, von mehr als 10000 Ärzten in schriftlichen Gutachten als Mund- und Nachen-desinficiens empfohlenen

Formamin

Tabletten.

(Bequemer im Gebrauch u. nachhaltiger in der Wirkung als Gurgelungen.)

Angewandte „Erfahrungspräparate“ weisen man zurück.

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Eine kultivierte Probe des „Krankheitskeimes“ sowie das ärztliche Rezept „Verhaltensmaßregeln bei Grippe“ überreichen auf Wunsch kostenlos und kostenfrei Bauer & Cie., Berlin SW 48, Friedrichstraße 21.

Bei Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Harnsäure, Eiweiß, Zucker.
1921 - 15000 Badegäste.

Wildunger Helenenquelle

Schriften und billigste Bezugsquellen durch Fürstl. Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen, 29

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen gefertigt.

<p>Schlüpfer aus blauem Flauschstoff, sehr billig 4200</p> <p>Ulster aus braunem festen Paletostoff, zweifach mit Futter 5300</p> <p>Schlüpfer aus Homospun und Oräntestoffen, modern verarbeitet 6500</p> <p>Paletots aus ein- und zweifach aus marengo und schwarzem Eskimo und Wintercheviot in besserer Verarbeitung 7300</p> <p>Schlüpfer und Raglans aus Flausch-, Diagonal- und Fischgrätstoff in sehr guter Qualität 8000</p> <p>Ulster der neuesten Mode mit Falten und Rückengürt aus nur prima Stoffen aller Art und jeglicher Farbgestaltung 8000</p> <p>Redpaletots aus Homospun und Fischgrät, Biedermeierform 9100</p> <p>Schlüpfer, Ulster, Raglans Ersatz für Maß, aus Stoffen in besserer Qualität in den verschiedenartigsten Farbstellungen und in besserer Ausführung 11800</p>	<p>Jackett-Anzüge viele einzelne Anzüge in hell u. mittl. Farben M. 4500</p> <p>Jackett-Anzüge aus Diagonal-, Homospun- und anderen Stoffen und blauem Cheviot, modern verarbeitet M. 8000, 7500 6000</p> <p>Jackett-Anzüge besserer Qualität in moderneren Stoffen u. Farbstellungen und vorzüglicher Verarbeitung 9000</p> <p>Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, aus besten dunklen und mittelartigen Stoffen in erstklassiger Verarbeitung und Ausführung 12000</p> <p>Winterjoppen aus leinen Stoffen, in sport- und glatter Form, außerordentlich billig 1400</p> <p>Winterjoppen leinwandform, aus schwerem dunklen Stoff und warm gefüttert 1800</p> <p>Winterjoppen aus bestem Lodenstoff in all. gängbaren Farben v. M. 2500</p>	<p>Burschen-Ulster u. Schlüpfer Gr. 7-12, in den neuesten Modellen und modernsten Fassons 2400</p> <p>Knaben-Ulster ein großer Posten einzelner Sachen in den Größen 1-6, anfangend Gr. 1 975</p> <p>Knaben-Pyladis aus blauem festem Cheviot und Tuch, anfangend Gr. 1 880</p> <p>Jünglings-Anzüge Jackett- u. Sportform I, allen möglichen Stoffen, Must. u. Preislagen, Gr. 20 anfangend mit M. 2500</p> <p>Burschen-Anzüge Jackett- u. Sportform, ganz gefüttert, in großer Auswahl, Gr. 7 anfangend mit M. 1100</p> <p>Knaben-Anzüge in Schlüpfer-, Sport-, Kleider- u. Matrosenl. a. gut. Stoffen u. in allen Preislagen, Gr. 1 anfangend mit M. 790</p> <p>Herrn-Hosen aus dunkel gestreiftem Duvelotia 850</p> <p>Herrn-Hosen aus haltb. Stoffen in schwarzem Streifenm. M. 1200, 1000, aus bestem Cheviot und Kammergarn in dunklen und hellen Farben Streif. v. M. 900</p> <p>Herrn-Hosen 1250</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gummimäntel, Lodenmäntel, Pelerinen in großer Auswahl in allen Preislagen

Gefü- und Sportpelze edelster Art

Modernste Massenfertigung - Verwendung bester Stoffe und Zutaten - Sehr mäßige Preise.

Angebote
freibleibend
Verkauf rationiert

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Der Versand nach
außerhalb erfolgt in
der Reihenfolge der
Auftragseingänge